



Pressemitteilung

09.02.2011 Dirk Fischer

Kostengünstige Verbrauchsausweise sollen künftig für alle Hauseigentümer nutzbar werden

Wir wollen eine vollständige Wahlfreiheit zwischen Verbrauchs- und Bedarfsausweisen

Mit der vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung durchgeführten Evaluierung von Energieausweisen für Gebäude wurden überraschende Ergebnisse vorgelegt. Dazu erklären der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verkehr, Bau und Stadtentwicklung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dirk Fischer und der zuständige Berichterstatter Volkmar Vogel:

„Es gilt, die Diskriminierung kostengünstiger Verbrauchsausweise gegenüber Bedarfsausweisen abzuschaffen. Die geltende Regelung für kleinere Gebäude ist laut Gutachten unnötig und nicht relevant. Wir wollen eine vollständige Wahlfreiheit zwischen Verbrauchs- und Bedarfsausweisen.

Eigentümern von Wohngebäuden mit bis zu vier Wohnungen darf nicht länger die Pflicht zu teuren Bedarfsausweisen auferlegt werden. Das eingesparte Geld kann besser für Investitionen in die Energieeffizienz genutzt werden. So kommt man den Klimazielen näher als mit überflüssiger Bürokratie.

Die Baupolitiker der Koalitionsfraktionen haben nun das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gebeten, zügig Konsequenzen aus der Evaluierung zu ziehen. Das Regelwerk für Energieausweise in der Energieeinsparverordnung soll entsprechend geändert werden.“

Hintergrund:

Hauseigentümer sind seit 2007 verpflichtet, Kauf- oder Mietinteressenten den Energieausweis des jeweiligen Gebäudes vorzulegen. Damals wurde entschieden, dass für kleinere Gebäude mit bis zu vier Wohnungen der wesentlich teurere Bedarfsausweis vorzulegen ist. Verbrauchsausweisen wurde - insbesondere auch von der Deutschen Energiesparagentur - eine zu hohe Ungenauigkeit unterstellt. Die Evaluierung hat nun ergeben, dass die Energieausweise, die auf der Grundlage des gemessenen Energieverbrauchs erstellt wurden, wesentlich genauer sind als Bedarfsausweise. Bei Bedarfsausweisen lag die Fehlerquote bei 71 Prozent, bei Verbrauchsausweisen bei 34 Prozent.

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

www.dirkfischermdb.de